

RS Vwgh 2004/9/8 2003/03/0128

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 08.09.2004

Index

19/05 Menschenrechte

91/01 Fernmeldewesen

Norm

MRK Art6 Abs1;

TKG 1997 §111 Z6;

TKG 1997 §41 Abs3;

Beachte

Vorabentscheidungsverfahren:* Ausgesetztes Verfahren: 2000/03/0067 B 29. Jänner 2003 * EuGH-Entscheidung: EuGH 61999CJ0462 22. Mai 2003

Rechtssatz

Für die Zuordnung eines Anspruches zu den "civil rights" im Sinne des Art. 6 EMRK ist - unabhängig davon, welche Behörde darüber zu entscheiden hat - ausschlaggebend, dass ein "echter und ernsthafter" Streit über ein Recht, das "zivilen" Charakter hat, vorliegt (vgl. nur etwa Frowein/Peukert, Europäische Menschenrechtskonvention² (1996) 157). Im Hinblick auf den eine zivilrechtliche Vereinbarung ersetzenden Charakter der nach erfolglosem Verhandeln zulässigen Anordnung der Regulierungsbehörde hat der Verwaltungsgerichtshof keinen Zweifel daran, dass der vorliegende Rechtsstreit (§ 41 Abs. 3 iVm. § 111 Z. 6 TKG) ein "civil right" betrifft und somit dem Art. 6 Abs. 1 EMRK unterfällt.

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:2004:2003030128.X02

Im RIS seit

12.10.2004

Zuletzt aktualisiert am

18.04.2012

Quelle: Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>